

RUSSEN REISEN HÄUFIGER NACH DEUTSCHLAND

Wie die russische Tageszeitung "Vedomosti" meldet, reisen wieder deutlich mehr russische Touristen nach Deutschland als im Vorjahr. Laut Statistischem Bundesamt sind im ersten Quartal über 21% mehr Personen aus der Russischen Föderation im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eingereist. Sie gaben dabei ca. 1,8 Milliarden Euro in Deutschland aus.

KOMMENTAR

»FRIEDEN IST NICHT ALLES, ABER OHNE FRIEDEN IST ALLES NICHTS!« (Willy Brandt)

Von Heino Wiese

Egon Bahr hat noch vor seinem Tod formuliert: „Der Frieden ist für mich der oberste Wert! Freiheit, Demokratie, Menschenrecht kommen erst hinterher – sind nur zu verstärken oder zu behaupten, unter der Voraussetzung, dass es keinen Krieg gibt!“ Dem werden viele widersprechen – aber nur deshalb, weil sie Krieg nur aus der Ferne erlebt haben. In unserer Generation kennen wir in der Regel Krieg nur aus dem Fernsehen oder aus Computerspielen. Nur traumatisierte Soldaten, die aus Afghanistan zurückkommen oder Flüchtlinge aus Syrien, wissen wirklich, was Krieg bedeutet. Die meisten Menschen fliehen nicht vor Assad und nicht einmal vor dem IS. Sie fliehen vor dem Krieg! Deshalb wäre es wichtig, dass es in Deutschland wieder eine Stimme gegen Kriegstreiber wie Donald Trump und für den Frieden gibt. Eine Stimme, die das Recht auf Verteidigung realistisch anerkennt, aber Kriegstreibern, Militaristen und Aufrüstungs-Anhängern in die Schranken weist. Nachdem die Grünen unter Özdemir und Göring Eckart die Welt in Gut und Böse einteilen und Krieg realpolitisch für ein probates Mittel halten, ist die Friedensbewegung ohne politische Stimme. Martin Schulz könnte in diesen kriegerischen Zeiten in der Tradition von Willy Brandt und Egon Bahr zu dieser Stimme werden – wenn er denn will. Die Sozialdemokraten in Deutschland und Europa würden ihm gern folgen.

»INTEGRATION: WAS NOCH ZU TUN IST«

Von Niclas Werlich

Die Gruppe schutzsuchender Jugendlicher macht seit 2015 bis heute den größten Anteil der Antragsteller auf Asyl in Deutschland aus. Waren 2016 noch 30% der Schutzsuchenden im Alter von 0-15 Jahren, sind es 2017 bereits 37%. In absoluten Zahlen gesprochen waren das 216.711 Asylbeanträge in 2016, wobei den Bärenanteil Kinder und Jugendliche aus Syrien ausmachen. Jedoch sind unter den Neuzugezogenen Kindern nicht nur Geflüchtete aus dem Nahen Osten, sondern auch Kinder aus Polen, Rumänien und den Balkanstaaten. Den gestiegenen Zahlen neu zugewanderter Kinder stehen mangelnde Kapazitäten im Schulbereich gegenüber. So gibt es alleine in Berlin mittlerweile über 300 Willkommensklassen, aber keine ausreichende Zahl an Räumen geschweige denn Lehrkräften oder Sozialarbeitern.

Im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 erklärten sich die vertragschließenden Staaten damit einverstanden, Flüchtlingen dieselbe Behandlung wie ihren Staatsangehörigen hinsichtlich des Unterrichts an Volksschulen zu gewähren. Wird dieses Recht tatsächlich gewährt, wenn Flüchtlingskinder von der ersten bis zur sechsten Klasse zusammen im selben Raum unterrichtet werden? Diesen Kindern wird eine adäquate Förderung und Teilnahme am deutschen Bildungssystem verwehrt, da das Wissen und Können der Schülerinnen und Schüler im Rahmen einer individuellen Förderung nicht einbezogen wird. Gleichzeitig gibt es keine zuverlässige Auskunft über Deutschkenntnisse oder den allgemeinen Alphabetisierungsgrad im Bundesvergleich. Inadäquate Bildungschancen behindern eine gelungene Integration und verhindern einen zukünftigen chancengleichen Zugang zum Arbeitsmarkt. Dass soziale und wirtschaftliche Frustration zur Entstehung von Parallelgesellschaften beitragen und der Nährboden für Radikalisierung sind, ist hinreichend bekannt. Um das zu verhindern muss ein Zugang zum Bildungssystem gewährleistet werden, indem man Mindeststandards für die Förderung zugewanderter Schülerinnen und Schüler auf Länderebene festlegt, damit die dortigen Schulen einen Orientierungsrahmen erhalten. Für eine lösungsorientierte und zielgerichtete Planung ist jedoch eine belastbare Datenerhebung über die Situation an den Schulen elementar.

Und wie in allen Fragen der Migration spielt Zeit eine zentrale Rolle – Zeit um sich mit den neuen Schülerinnen und Schülern und deren unterschiedlichen Bildungsbiografien zu befassen. Das aktuelle Bildungsangebot für Zugezogene scheint eher von kurzfristiger Natur zu sein, anstatt auf eine langfristige Integration abzielen. Die Unterstützung von Schulen und Lehrkräften muss daher stärker gefördert werden. Den Akteuren auf Bundes- und Länderebene fehlt es jedoch an einer sensiblen Haltung gegenüber Migranten. Die Bildungspolitik braucht ein Verständnis für die Lebensumstände und das Familienumfeld zugewanderter Kinder und Jugendlicher.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



ÜBER DEN ZWEITEN GLEICHSTELLUNGSBERICHT DER BUNDESREGIERUNG



Foto: H. Weber

Von Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Bündnis 90/Die Grünen;
Quelle: Bündnis 90/Die Grünen

Die gleichstellungspolitische Bilanz der Bundesregierung ist miserabel. Für mehr Arbeit in Fürsorge und Pflege werden Frauen mit weniger Rentenansprüchen bestraft. Mit der Geburt des ersten Kin-

des trennen sich die Welten von Männern und Frauen. Dann werden aus Männern Ernährer und aus Frauen Zuverdienerinnen, die sich um Haushalt, Kinder und zu pflegende Angehörige kümmern. Die große Koalition hat versäumt, die richtigen Anreize dafür zu setzen, dass jedes Paar die für sich geeignete Arbeitsteilung wählen kann. Es ist fatal, dass die Bundesregierung das Rückkehrrecht auf Vollzeit versenkt hat. Das Familienministerium hat vier Jahre für die Familienarbeitszeit getrommelt, doch am Ende nichts geliefert. Auch Aufsichtsratsquoten und weichgespültes Entgelttransparenzgesetz kratzen allenfalls an der Oberfläche. Die Bundesregierung muss endlich Frauen in den Blick nehmen und stärken: Durch eine bessere Bezahlung in den sozialen Berufen, ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz, flexiblere Arbeitszeitmodelle für Familien und ein Rückkehrrecht auf Vollzeit.

DIPLOMATISCHE KRISE: ARABISCHE STAATEN STELLEN BEDINGUNGEN AN KATAR

Saudi-Arabien, Ägypten, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate haben 13 Bedingungen an Katar gestellt, um die diplomatische Krise zu lösen.

Der Fernsehsender Al Jazeera, der seinen Sitz in der katarischen Hauptstadt Doha hat, soll geschlossen, die Beziehungen zum Iran sollen eingeschränkt werden. Darüber hinaus sollen alle designierten Terroristen ausgeliefert werden.

Hintergrund der diplomatischen Krise der Golf-Staaten war der Vorwurf, dass Katar terroristische Organisationen wie den Islamischen Staat oder die Muslimbruderschaft unterstützt oder zumindest wohlwollend im eigenen Land duldet.

Internationale Experten seien sich einig, dass Katar die palästinensische Miliz Hamas finanziell unterstützen würde, aber

auch Gelder über Stiftungen zum Islamischen Staat fließen würden, welcher im vergangenen Jahr Saudi-Arabien den Krieg erklärt hat.

Dass allerdings auch andere Staaten im Nahen Osten beschuldigt werden, die Entwicklung des islamistischen Terrorismus mindestens zu begünstigen, ist nicht neu. Saudi-Arabien sei durch die konservative Lesart des Koran im Wahhabismus die Keimzelle für die ideologische Radikalisierung, wohingegen dem Iran vorgeworfen wird, die libanesische Miliz Hisbollah finanziell zu stärken.

Im Spannungsverhältnis stehen um die Terrororganisationen weiterhin Machtansprüche um Ressourcen, sowie der Kampf um die Dominanz zwischen Sunniten und Schiiten.

NACH BREXIT: EU BÜRGER SOLLEN NICHT AUSGEWIESEN WERDEN

Im Streit um die Konditionen des Brexits, gibt es mehrere Spekulationen zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit und Migration, die einen harten Kurs vermuteten ließen. Großbritanniens Premierministerin Theresa May hat nun erste Details zu ihren Plänen bei der Brexit-Verhandlung veröffentlicht. Demnach sollen EU-Bürger nach dem Brexit nicht ausgewiesen werden.

May soll im Rahmen des EU-Gipfels nach dem Auftakt der Brexit-Verhandlungen allen EU-Bürgern eine Bleibeperspektive in Aussicht gestellt haben, sofern sie sich rechtmäßig im Land aufhalten.

Insgesamt leben 3,2 Millionen EU-Bürger in Großbritannien und May hoffe mit dem Angebot, dass die EU ähnliche Konditionen

für britische Bürger im Ausland einräumen würde, von denen ein Großteil in Spanien lebt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel begrüßte den Vorschlag von May: "Theresa May hat uns heute deutlich gemacht, dass Bürgerinnen und Bürger der EU, die sich schon fünf Jahre in Großbritannien aufhalten, volle Rechte behalten können."

EU-Bürger, die mindestens fünf Jahre in Großbritannien leben, sollen keine Schwierigkeiten mit ihrem Aufenthaltsstatus bekommen. Ein Stichtag, der zwischen dem Beginn der Brexit-Verhandlungen und dem effektiven Brexit liegt, soll Orientierung geben, wann dieser Zeitraum erfüllt werden kann.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

VW ERFOLGREICH MIT LOKALISIERUNGSSTRATEGIE IN RUSSLAND

Die Zusammenarbeit zwischen Volkswagen und der russischen GAZ-Gruppe wird bis 2025 verlängert. Dies wurde am 15. Juni in Nischnij Nowgorod beschlossen. Es handelt sich bei der Zusammenarbeit um Auftragslieferungen von Motoren und leichten Fahrzeugen vom deutschen Autobauer. Volkswagen fährt gut mit seiner Lokalisie-

rungsstrategie. Marcus Osegowitsch, Generaldirektor der Volkswagen Group Rus, äußerte sich dazu: „Wir verlängern unsere erfolgreiche Partnerschaft mit der GAZ-Gruppe für Contract Manufacturing, weil lokale Produktion immer ein wesentlicher Bestandteil der langfristigen Entwicklungsstrategie der VW-Group in Russland war.“

JOINT VENTURE VON SIEMENS: WINDKRAFTANLAGEN NACH RUSSLAND

Nachdem der italienische Energiekonzern Enel eine Ausschreibung der Regionen Rostow und Murmansk für Windkraftanlagen in Russland gewonnen hat, sind die Kooperationspartner für den Business

Case bekannt geworden: das deutsch-spanische Siemens-Joint-Venture Gamesa wird Windkraft-Turbinen liefern. Die Investitionen seitens Enel belaufen sich auf über 400 Millionen Euro.

FRANZÖSISCHE WIRTSCHAFT WÄCHST STÄRKER ALS ERWARTET

Es sind zaghafte Schritte, die jedoch Hoffnung bergen: dank höherer Investitionen von Unternehmen ist das Bruttoinlandsprodukt Frankreichs um 0,5 Prozent im vergangenen Quartal gewachsen, die Erwerbslosigkeit soll bis zum Ende des Jahres auf 9,4% sinken - der niedrigste Stand seit 2011.

Das nationale Statistikamt Frankreichs prognostiziert ein BIP-Wachstum von 1,6 Prozent für 2017. Trotz des schwachen Juni der Eurozone ist die gesamte Entwicklung so positiv wie seit sechs Jahren nicht mehr.

Frankreich hat allerdings noch mit schwächelnden Exporten zu kämpfen sowie mit der Stagnation des privaten Konsums. Für Frankreich - die zweitgrößte Volkswirtschaft des Euroraums - sind die Prognosen wertvoll: im Wahlkampf zwischen Marine Le Pen und dem Präsidenten Emmanuel Macron war die wirtschaftliche Lage des Landes ein großer Streitpunkt - während Le Pen die EU beschuldigte, Frankreich zu schwächen, pochte Macron wiederholt auf die Stärke des Binnenmarktes und mehr Kooperation.

WELTWEITE FAHNDUNG NACH VW-FUNKTIONÄREN AUSGESCHRIEBEN

Nach mehreren Medienberichten soll das US-Justizministerium fünf VW-Manager und Entwickler über die Polizeiorganisation Interpol suchen. Der Vorwürfe gegen die Funktionäre - zwei davon sollen Vertraute von Ex-VW-Chef Winterkorn sein - lauten Verschwörung zum Betrug sowie Verstoß

gegen die US-Umweltvorschriften. Die Verteidiger von Volkswagen bezeichnen den Schritt als "neue Eskalationsstufe" im Diesel-Skandal.

Erst Anfang des Jahres war ein VW-Manager vom FBI in Miami festgenommen worden, um strafrechtlich belangt zu werden.

PERSONALIEN

BUCHHOLZ SOLL WIRTSCHAFTSMINISTER IN SCHLESWIG-HOLSTEIN WERDEN

Der frühere Vorstandsvorsitzende von Gruner+Jahr, Bernd Buchholz (55, FDP), soll neuer Wirtschafts- und Verkehrsminister des Landes Schleswig-Holstein werden. Er habe sich entschieden, im Falle des Zustandekommens einer Jamaika-Koalition in Schleswig-Holstein das Angebot seiner Landespartei anzunehmen und in Kiel Wirtschaftsminister zu werden. Buchholz war auf der Landesliste Schleswig-Holstein direkt hinter Spitzenkandidat Wolfgang Kubicki auf Platz zwei gewählt worden. Von 1992 bis 1996 saß er für die FDP im schleswig-holsteinischen Landtag.

BMF-ABTEILUNGSLEITER SCHMALZL WECHSELT ZURÜCK NACH STUTTGART

Johannes Schmalzl (52), früherer Regierungspräsident in Stuttgart und derzeit Ministerialdirektor und Abteilungsleiter für Privatisierung, Beteiligungen und Bundesimmobilien im Bundesministerium der Finanzen, wird voraussichtlich zum 1. November Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart. Der bisherige Hauptgeschäftsführer Andreas Richter wird in den Ruhestand gehen.

GRÜTTERS UND EVERS FÜHREN AUCH WEITERHIN CDU BERLIN

Monika Grütters (55) ist am 17. Juni auf einem Landesparteitag als Vorsitzende der CDU Berlin wiedergewählt worden. Stefan Evers (37) wurde als Generalsekretär bestätigt. Für Grütters votierten 238 Delegierte, bei 40 Gegenstimmen und sieben Enthaltungen. Dies entspricht einer Zustimmung von 85,6 Prozent. Evers, der wie Grütters seit Dezember im Amt ist, wurde mit 77,4 Prozent bestätigt. Bei der Wahl im Dezember war er erst im zweiten Wahlgang gewählt worden.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

ITALIENISCHE BOTSCHAFT UND UNITED EUROPE ZUR ZUKUNFT EUROPAS

Diskussionsveranstaltung am 27. Juni der italienischen Botschaft, der Villa Vigoni und United Europe zum Thema „The Rome Manifesto“, u.a. mit dem italienischen Botschafter S.E. Pietro Benassi, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion für Europa Axel Schäfer und dem Vizepräsidenten der Europäischen Bewegung International Bernd Hüttemann Italienische Botschaft, Tiergartenstraße 22, 10785 Berlin (Anmeldung erforderlich).

WORTE DER WOCHE

»Helmut Kohl hatte auch ein Gehör und ein Gespür für die Bedürfnisse der Unternehmen in einer Sozialen Marktwirtschaft. Nicht nur die Bürger Europas, auch seine Wirtschaft hat allen Anlass, diesem großen Mann dankbar zu gedenken.«

Oliver Bäte, Allianz-Chef.

»Die Menschen haben eine Sehnsucht nach politischer Orientierung und nach klaren Unterschieden zwischen der Union und SPD.«

SPD-Generalsekretär Hubertus Heil.

»Es kann nicht sein, dass die Sanktionen jetzt dazu missbraucht werden, sozusagen russisches Gas zu verdrängen, um amerikanisches verkaufen zu können.«

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel.

»Man kann natürlich über einen gemeinsamen Finanzminister nachdenken, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.«

Angela Merkel zeigt sich offen für die Vorschläge des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Weiterentwicklung der Euro-Zone.

»China könnte eine mögliche Lücke, die die USA hier vielleicht lassen, nicht füllen.«

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries glaubt nicht, dass Peking eine Führungsrolle im Kampf für freien Handel übernehmen kann.

»Wir brauchen ein Euro-Gruppen-Budget, damit wir in Wachstum investieren können und nicht nur der Rotstift regiert.«

Sigmar Gabriel, Außenminister, spricht sich für eine deutlich stärkere finanz- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Staaten aus.

»Wir sind die letzten Mohikanerinnen und Mohikaner der Willkommenskultur.«

Katrin Göring-Eckardt, auf dem Grünen-Parteitag am vergangenen Wochenende.

TERMINE

27.6. WIRTSCHAFTSTAG DES WIRTSCHAFTSRATS DER CDU MIT BK MERKEL

Vortragsveranstaltung Wirtschaftsrat der CDU zum Thema Wirtschaftstag des Wirtschaftsrats der CDU, u.a. mit Bundeskanzlerin Angela Merkel; Hotel Maritim Berlin, Stauffenbergstraße 26, 10785 Berlin (kostenpflichtig).

28.6. BRITISH CHAMBER OF COMMERCE IN GERMANY ZUM BREXIT

Diskussionsveranstaltung der British Chamber of Commerce in Germany zum Thema „Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Brexit“, u.a. mit dem Mitglied des Bundestags-Rechts- und Europaausschusses Heribert Hirte (CDU) und Dr. Alexander Winkler von der Deutschen Bank; Deutsche Bank, Hauptstadtrepräsentanz, Unter den Linden 13-15, 10117 Berlin (kostenpflichtig).

29.6. BMBF ZUR HOCHSCHULPOLITIK

Tagung des Bundesforschungsministeriums zum Thema „Abschluss der 1. Wettbewerbsrunde des Bund-Länder-Wettbewerbs: Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“, u.a. mit Bundesbildungsministerin Johanna Wanka, der Bremer Wissenschaftssenatorin Eva Quante-Brandt und der stellvertretenden Leiterin der Abteilung Bildung, Berufliche Bildung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Dr. Irene Selting; Deutsche Telekom - Hauptstadtrepräsentanz, Französische Straße 33 a-c, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

30.6. THINK LAB ENERGIEWENDE-DIALOG DER STIFTUNG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Diskussionsveranstaltung der Stiftung der Deutschen Wirtschaft und der innogy Stiftung zum Thema „Think Lab Dialog 2017: Von den Steinen auf dem Weg und wie man sie beiseite räumt ...“, unter anderem mit dem Managing Director von door2door Dr. Tom Kirschbaum, Dietrich Sümmermann vom innogy Innovation hub und der Kulturwissenschaftlerin Britta Acksel; FORUM Factory, Besselstraße 13, 10969 Berlin. (Anmeldung erforderlich).